Verordnung über die Schweizerische Luftverkehrsschule

vom 22. November 1972

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 6 des Bundesbeschlusses vom 3. Oktober 1958¹
über die Förderung des fliegerischen Nachwuchses,
verordnet:

Art. 1² Zweck und Trägerschaft der Schule

¹ Die Schweizerische Luftverkehrsschule dient in erster Linie der Ausbildung des Luftfahrtpersonals, das zur Ausübung seiner Tätigkeit einer persönlichen Erlaubnis des Bundesamtes für Zivilluftfahrt bedarf.

² Die Schule wird im Auftrag des Bundes durch die Swissair, Schweizerische Luftverkehr Aktiengesellschaft, geführt. Das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement regelt in einem Vertrag mit der Swissair Betrieb, Organisation und Finanzierung der Schule.

Art. 2 Aufgaben der Schule

¹ Das Luftfahrtpersonal wird ausgebildet in Kursen

- a. für Berufspiloten;
- b. für den Erwerb der Sonderbewilligung für Instrumentenflug;
- c. für Linienpiloten;
- d. für Navigatoren;
- e. für Bordmechaniker;
- f. für Flugdienstberater.

² Die Schule führt auf Weisung des Bundesamtes für Zivilluftfahrt³ auch Sonderkurse für andere Personalkategorien durch.

Art. 3 Zulassungsbedingungen

¹ Zur Teilnahme an den Kursen der Schule werden im Rahmen der verfügbaren Plätze und in folgender Reihenfolge zugelassen:

AS 1972 2746

¹ [AS 1959 46, SR 748.221.1 Art. 8 Abs. 2]. Der genannten Bestimmung entspricht heute Art. 6 des BB vom 20. Dez. 1972 über die Förderung des Flieger- und des Fernspäher-Nachwuchses (SR 748.221.1).

² Fassung gemäss Ziff. I der V vom 3. Dez. 1979 (AS 1980 73).

³ Bezeichnung gemäss Ziff. II der V vom 3. Dez. 1979 (AS 1980 73). Diese Änderung ist im ganzen Erlass berücksichtigt.

- a. Bewerber, die für den Dienst in der nationalen Luftverkehrsgesellschaft vorgesehen sind;
- b. Bewerber, die für den Dienst in einem schweizerischen Unternehmen des internationalen Nichtlinienverkehrs vorgesehen sind;
- c. andere Bewerber schweizerischer Staatsangehörigkeit;
- d. ausländische Bewerber.

² Die Bewerber haben sich einer Eintrittsprüfung über ihre Kenntnisse und, soweit es sich um Flugpersonal handelt, einer Prüfung über ihre medizinisch-psychologische Eignung zu unterziehen. Die Einzelheiten werden im Schulreglement geordnet.

³ Ein Bewerber, der diese Prüfungen nicht bestanden hat, kann sich nach Ablauf einer von der Schule im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Zivilluftfahrt festgesetzten Frist nur noch einmal zur Prüfung stellen.

⁴ Das Alter für die Zulassung zu den Kursen wird für jede Schülerkategorie im Schulreglement festgesetzt.

Art. 4 Lehrverträge

¹ Die Schule schliesst mit den zu den Kursen zugelassenen Schülern einen Lehrvertrag ab. Lehrverträge gemäss Artikel 2 Absatz 2 werden vom Bundesamt für Zivilluftfahrt abgeschlossen.

² In den Fällen, in denen nicht Artikel 8 Absatz 2 angewandt wurde, ist im Lehrvertrag vorzusehen, dass ein Schüler zur vollständigen oder teilweisen Rückerstattung der Ausbildungskosten verpflichtet ist, wenn er innerhalb einer bestimmten Zeit nach seinem Austritt aus der Schule in ein ausländisches Unternehmen eintritt.

³ Das Bundesamt für Zivilluftfahrt kann auf begründetes Gesuch hin den ehemaligen Schüler von seiner Verpflichtung ganz oder teilweise entbinden.

Art. 5 Aufsicht

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt⁴ übt die Aufsicht über die Schule aus.

Art. 6 Lehrplan

¹ Die Kurse finden in der Regel nach voraus festgesetzten Jahresprogrammen statt. Die Schule kann aber auf die Durchführung angekündigter Kurse verzichten, wenn diese nicht eine genügende Zahl von Schülern aufweisen.

² Erlauben es die verfügbaren Kredite, so können auch Kurse durchgeführt werden, die im Lehrplan des laufenden Jahres nicht vorgesehen waren, sofern diese Kurse vom Bundesamt für Zivilluftfahrt genehmigt wurden.

³ Die Schule stellt den Lehrplan auf. Der Unterrichtsstoff ist auf die für die Schweiz verbindlichen Grundlagen auszurichten. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Schulreglements.

⁴ Fassung gemäss Ziff. II der V vom 3. Dez. 1979 (AS 1980 73).

Art. 7 Ausschluss von Schülern

Schüler, deren Leistungen sich als ungenügend erweisen oder die durch ihr Betragen den guten Gang des Unterrichts beeinträchtigen oder die Luftfahrt gefährden, können mit Zustimmung des Bundesamtes für Zivilluftfahrt von der Schulleitung aus der Schule entlassen werden.

Art. 8⁵ Verteilung der Kosten

¹ Der Bund trägt die Ausbildungskosten für die in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Schüler. Als Ausbildungskosten gelten sämtliche ausgewiesenen Aufwendungen der Schule ohne Gewinnzuschlag.

² Die schweizerischen Luftverkehrsunternehmen erstatten dem Bundesamt für Zivilluftfahrt einen Teil der Ausbildungskosten zurück, sobald sie Personal nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben a und b anstellen, das in der Schule ausgebildet worden ist. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt setzt diesen Kostenanteil im Einvernehmen mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung und nach Anhören der Schulleitung für jeweils drei Jahre fest; er soll wenigstens 20 und höchstens 35 Prozent der gesamten Ausbildungskosten betragen. Über Einzelfragen entscheidet das Bundesamt für Zivilluftfahrt.⁶

³ Die in Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben c und d genannten Schüler bezahlen dem Bundesamt für Zivilluftfahrt die sie betreffenden Ausbildungskosten jeweils vor Semesterbeginn in der Form einer Pauschale. Die Pauschale wird vom Bundesamt für Zivilluftfahrt im Einvernehmen mit der Schulleitung festgelegt.

⁴ Alle Schüler bezahlen dem Bundesamt für Zivilluftfahrt eine Einschreibegebühr (Schulgeld); die Höhe dieser Gebühr wird im Schulreglement festgesetzt.

Art. 9 Schulreglement und Organisation der Schule

Der Genehmigung des Bundesamtes für Zivilluftfahrt unterliegen:

- a. das Schulreglement;
- b. der Organisationsplan der Schule;
- c. der Bestand des Verwaltungs- und des Lehrpersonals;
- d. die Lehrverträge (Art. 4);
- e. die Lehrpläne (Art. 6);
- f. der jährliche Voranschlag.

⁵ Fassung gemäss Ziff. II der V vom 3. Dez. 1979 (AS 1980 73).

⁶ Siehe auch Ziff. III Abs. 1 der SchLB Änd. vom 3. Dez. 1979 am Schluss dieser Verordnung.

Art. 10⁷**Art. 11** Vollzug

Das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement wird mit dem Vollzug beauftragt.

Art. 12 Aufhebung des bisherigen Rechts und Inkrafttreten

¹ Der Bundesratsbeschluss vom 19. Juni 1964⁸ über die Schweizerische Luftverkehrsschule wird aufgehoben.

² Diese Verordnung tritt auf den 1. Januar 1973 in Kraft.

³ Artikel 7 Absatz 3 des Bundesratsbeschlusses vom 19. Juni 1964 über die Schweizerische Luftverkehrsschule wird jedoch rückwirkend auf den 1. Januar 1972 aufgehoben.

Schlussbestimmungen der Änderung vom 3. Dezember 1979⁹

III

¹ Die Rückerstattungspflicht nach Artikel 8 Absatz 2 erstreckt sich auch auf die Ausbildungskosten für die Schüler, deren Ausbildung im Jahre 1979 begonnen hat.

² Diese Änderung tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.

⁷ Aufgehoben durch Ziff. I der V vom 27. Sept. 1982 (AS **1982** 1789).

⁸ [AS **1964** 565, **1965** 116]

⁹ AS **1980** 73